

Die Lifsaßsäule

„Freiherrn oder Freiheit?“

Vorfällen sind mit großen Plakaten, die diese Ueberschrift tragen, voll besetzt. Hier hält die Sozialdemokratie „Abrechnung“ mit der Papen-Regierung. Sie erhebt gegen sie den Vorwurf, durch die letzte Notverordnung die Einkommensteuer erhöht, die Invalidenrenten und Arbeitslosenentlohnungen gekürzt zu haben.

Wird man dieses Plakat, so hat man den Eindruck, daß die Sozialdemokratie stets gegen Notverordnungen gekämpft hat. Was aber jedem Veler auffallen muß, ist die Tatsache, daß auf diesem Plakat nur die letzte Notverordnung der Papen-Regierung erwähnt ist.

Nun ist aber diese letzte Notverordnung nicht vom Himmel gefallen. Sie ist keine Erfindung für sich, sondern ein Glied in der Kette der Notverordnungen, die seit Sommer 1930 erlassen wurden. Von dem wurden all diese Notverordnungen erlassen? Von der Regierung Brüning! All diese Notverordnungen fanden im Reichstag die Zustimmung der Sozialdemokratie.

Das Plakat müßte so lauten: „Wollt ihr, daß Papen oder die Brüning-Notverordnungen erlaßt? Wir Sozialdemokraten sind für die Notverordnungen — das haben wir zwei Jahre hindurch durch die Tat bewiesen — aber nur, wenn sie von der Regierung Brüning erlassen werden.“

Nicht mehr, Gleichzeitigkeit mit der Papen-Regierung hat beinahe auch die Braun-Severing-Regierung in Preußen eine Notverordnung erlassen, die die Erhöhung der Miete vorzuzieht und dadurch Hunderte und Tausende Werktätige mit Existenznot bedroht. In gleicher Zeit also, da die Sozialdemokratie auf Plakaten verkündet, daß sie gegen die Notverordnungen der Papen-Regierung ist und alle, die gegen die Notverordnungen kämpfen wollen, auffordert, sozialdemokratisch zu wählen, erlaßt die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung in ihrem eigenen Machtbereich neue Notverordnungen.

Kampf gegen die Notverordnungen führte leither und führt auch heute allein die Kommunistische Partei.

Lahusens Agenten werben

Die Nazis erlassen ein Flugblatt mit der Ueberschrift „Macht Schlag mit dem Agitationsrummel der KPD“. Wir wollen aus diesem Flugblatt einige Stellen hervorheben, um zu zeigen, mit welcher Demagogie und Verlogenheit diese Agenten der Schieber und Großkapitalisten arbeiten. Da heißt es an einer Stelle:

„Und wir wollen, daß die Kleinvermögen der Schieber und Gauner als unendlich erworbenes Vermögen konfiszieren werden, weil kein Staat das geringste Interesse an dem Fortbestehen solcher Existenzen haben kann.“

Die größten Schieber und Gauner in Deutschland — das bezieht sich wohl kein Mensch — sind die Brüder Lahusen, die Panzer vom Nordmole-Konzern, die sich Prachtvillen erbaut haben, ein Vermögen von mehreren hundert Millionen erworben und verlohnen und so zehntausende Arbeiter brotlos gemacht haben. Die Brüder Lahusen gehören zu den größten Wirtschaftsverbrechern der deutschen Geschichte. Nun soll in kurzer Zeit der Prozeß gegen die Brüder Lahusen stattfinden.

Hat die Nazipresse je ein Wort gegen die Brüder Lahusen geschrieben? Hat die Nazipresse nur mit einem Wort erwähnt, daß durch die Verbrechen dieser Gauner 15.000 Textilarbeiter auf die Straße gesetzt worden sind?

Aber noch mehr? Die Rechtsanwälte Franz H. (Hilf) — einer Berater in Rechtsfragen) und Zweig (Hilf) — einer Vertreter der Fremdenarbeit und Anwalt in allen Naziprozessen, haben die Verteidiger der Brüder Lahusen übernommen.

Prinz und Arbeiter in einer Partei?



Nein! Ledt die sensationelle neue AIZ mit unbekanntem Dürren und Dokumenten! Die Nazis versuchen im Wahlkampf erneut die Lüge zu verbreiten, daß sie die Interessen der Werktätigen verteidigen. Niemand kann die Partei der Prinzen und Millionäre Arbeiterinteressen wahren. Kein Werkführer fällt auf diesen Nazischwindel herein! Jeder kämpft mit der einzigen antikapitalistischen Partei, mit der KPD, wählt

Liste 31

Auf der einen Seite behaupten also die Nazis, daß sie dafür eintreten, daß die Kleinvermögen der Schieber und Gauner restlos konfisziert werden, daß kein Staat ein Interesse an dem Fortbestehen solcher Existenzen hat und gleichzeitig übernehmen die prominentesten Naziführer die Verteidigung der größten Schieber und Gauner.

Wohl offenbar konnten die Nazis ihre Verbindung mit dem „tollenden Kapital“ nicht dokumentieren, wohl mehr konnte keine Partei sich demaskieren.

Im gleichen Flugblatt erklären die Nazis, daß sie beantragt haben, die „Vermögen aller Ojjuden“ zu konfiszieren. Die kom-

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

Diese Streitfrage ist geschrieben an Hand einiger Kapitel aus dem demnächst im „Internationalen Arbeiter-Bericht“ erscheinendem Buch von David über die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Theorien der Nazis. Wir empfehlen, dieser Hefte auszuschneiden und als Diskussionsmaterial zu verwenden.

III. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nazis

Nazijournalisten denken recht oft gegen die Erwerbslosen Kraftausdrücke wie „Millionen Gauner“ zu sagen. „Arbeitslose unterirdisch macht arbeitslos“. In verschiedenen Stadtparlamenten ziehen Nazis in brutaler Art und Weise gegen die Sozial- und Kleinrentner vom Feder. Aber auch eine programmatische Schrift der NSDAP sagt es, über die Arbeitslosen folgendes zu schreiben:

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich dahin ausgewirkt, daß sie ... von allen Arbeitsscheuen auch auszunutzen müßte als eine willkommenen Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit ... Ausbeutertum von unten ist ebenso verwerflich wie Ausbeutertum von oben.“ (Dr. Alfred Plaff, „Der Wirtschafts-aufbau im Dritten Reich“, S. 21.)

Dafür verspricht aber Dr. Alfred Plaff und zusammen mit ihm alle anderen Naziführer den Erwerbslosen Arbeit. Gregor Straker hat am 10. Mai 1932 in einer ausführlichen Reichstagsrede das Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP dargestellt. Am „Wirtschaftlichen Beobachter“ vom 2. April 1932 ist ein parlamentarischer Aufruf von Gottfried Feder enthalten, der die „notwendigen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung“ schildert. Wir wollen die Nazis Arbeit für die Erwerbslosen skizzieren.

Arbeitsdienstpflicht

Als erste Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung wird von den Nazis die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht empfohlen. Die Arbeitsdienstpflicht gehört bekanntlich zu den Schlägern der Nazipartei. Die Arbeitsdienstpflicht entlarvt aber auch am besten den wahren Charakter des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms. 500.000 Jungarbeiter können — versichert Feder — ohne irgendwelche nennenswerten Schwierigkeiten in kurzer Zeit durch Arbeitsdienstpflicht beschäftigt werden. Jeder sagt in seinem Waffens:

„Nennenswerte Mittel sind bei der praktischen Durchführung der Arbeitsdienstpflicht kaum aufzuwenden, da die Verköstigung großer Mannschaften selbstverständlich immer noch billiger sein wird, als die Erwerbslosenunterstützung.“

Die Föhrung der 500.000 Arbeitsdienstpflichtigen soll also noch weniger kosten als die Erwerbslosenunterstützung, dafür aber sollen sie für die verminderte Erwerbslosenunterstützung tüchtig arbeiten, Straßen bauen, Wälder bauen und Moorländerungen nutzbar machen. In der Tat, die ganze Welt verbricht sich den Kopf, wie man Arbeit für die Millionen Erwerbslosen schaffen kann. Dabei liegt die Lösung dieser Frage auf der Hand: man braucht nur das Rezept von Feder auf alle sechs Millionen Erwerbslose ausdehnen, und die Erwerbslosenfrage ist gelöst. Die Erwerbslosen sollen für die von ihnen erhaltenen Unterstüttungslöhne arbeiten. Wird diese Arbeit im Verfahren der Arbeitsdienstpflicht durchgeführt, so spart das Reich dabei noch Geld, „da die Verköstigung großer Mannschaften immer noch billiger sein wird, als die Erwerbslosenunterstützung.“

Der Vorstoß auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht für 500.000 Jungarbeiter hat also nichts mit Arbeitsbeschaffung zu tun, wohl aber mit Arbeitsverminderung. Der Vorsitzende des Bauergewerksbundes Reinhard erzählt auf dem Arbeitsonntag der freien Gewerkschaften vom 10. April 1932, wie schon jetzt der freiwillige Arbeitsdienst für Notstandsarbeiten eingesetzt wird. Der Bauergewerksbund weiß — nicht zuletzt dank der positiven Einstellung der Gewerkschaftsführer zum Arbeitsdienst — genügend Beispiele, wie durch den freiwilligen Arbeitsdienst die Bauarbeiter geschädigt wurden, so zum Beispiel beim Bau des Mittelkanals. Jetzt sind es kaum 60.000 Arbeitsdienstpflichtiger; man kann sich leicht vorstellen, was eine Armee von 500.000 Arbeitern, die nicht kostet, für die Bauarbeiter, für die Erwerbslosen, für die verschiedenen Gruppen der Gemeindefunktionäre und für alle anderen Arbeitsdienstleistungen bedeutet. Die Schaffung einer 500.000köpfigen Arbeitsdienstarmee ist ein so gewaltiger lohnbrückender Faktor, daß es nur zu verständlich ist, wenn die Schwarzmacher aller Couleur diese Forderung als ihren heiligen Wunsch ansehen.

Autarkie

Als wichtigste Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung nennt Feder in dem erwähnten Aufruf die sogenannte „nationale Handelspolitik“. Von dieser Handelspolitik vertritt sich Feder nicht mehr und nicht weniger als die Schaffung neuer Arbeit für etwa drei Millionen deutscher Arbeiterfamilien“. Feder argumentiert folgendermaßen: Jährlich werden für drei bis vier Milliarden Reichsmark Lebensmittel in Deutschland eingeführt, die auch in Deutschland gezeihen; für rund 2,5 Milliarden werden industrielle Fertigfabrikate eingeführt, die die deutsche Industrie-

munistische Fraktion stellte im Landtag den Antrag, die Vermögen aller Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu konfiszieren. Wer stimmte dagegen? Die Nazis, die Vertreter der Partei, die vorzigt, eine Arbeiterpartei und gegen den Kapitalismus einzutreten zu sein.

Hier zeigt es sich klar und deutlich, daß die Nazis nicht anderes sind, als Agenten der Brüder Lahusen, aller Großgrundbesitzer, Junker und Kapitalisten.

Die Zuflucht der Unternehmer

Wo fühlt sich der Ausbeuter, der Unternehmer, geborgen? In den von den Nazis herausgegebenen „Deutschen Führerbriefen“ lesen wir wörtlich folgendes:

„Es kommt ja vor allem darauf an, in der Werbung für eine freie Wirtschaft und die ihr entsprechende Unternehmehaltung auch an den wirklichen Praktiker der Wirtschaft, an den richtigen Unternehmer heranzukommen, der heute in steigendem Maße im nationalsozialistischen Lager Zuflucht sucht.“

Die Nazis nennen sich bekanntlich, wenn sie bei den Arbeitern werden, eine „Arbeiterpartei“. Hier aber, in ihren Führerbriefen, führen sie eine offene und deutliche Sprache, sie bekennen, daß die Unternehmer in steigendem Maße im nationalsozialistischen Lager Zuflucht suchen.

herstellen kann. Die deutschen Regierungen nehmen drei Millionen Arbeitern das Brot aus lauter Internationalismus, westlicher Feder.

Zu allererst muß festgestellt werden, daß für das Jahr 1931 die Einfuhr von Lebensmitteln und industriellen Fertigfabrikaten etwas über drei Milliarden Reichsmark betrug; 1932 geht die Einfuhr noch weiter zurück. Es handelt sich also nach den Berechnungen von Feder selbst nicht um drei Millionen Arbeiter, die entl. mit der Fertigstellung dieser Waren beschäftigt werden könnten, sondern höchstens um 1,5 Millionen. Das Entschwindende aber ist: Man muß schon ein Idiot oder ein Betrüger sein, um zu glauben, Deutschland könne seine Grenzen für die Einfuhr öffnen, aber dennoch für seine Waren offene Grenzen im Ausland finden. 1931 betrug der Ausfuhrüberschuss Deutschlands 2,4 Milliarden Reichsmark. Jede Milliarde Ausfuhr beschäftigt 250.000 bis 300.000 Arbeiter und Angestellte unmittelbar. Bei einer absoluten Autarkie (Wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit), d. h. bei einem Zustand, bei dem Deutschland nichts einführt und nichts ausführt — was natürlich völlig unmöglich ist, da Vieleschiedenes eingeführt werden muß — müßten 600.000 bis 700.000 Arbeiter und Angestellte unmittelbar ums Brot kommen, weitere Hunderttausende mittelbar. Wohl aber bedeutet die Autarkie weitere Ausfuhrleistungen der Konsumenten durch die Großgroßhandel und Industriezweige.

Arbeitsbeschaffung durch Inflation

Als dritte und letzte Forderung zur Arbeitsbeschaffung nennen die Nazis die „Angriffnahme des Bau- und Siedlungswehens mit den Mitteln der Bau- und Wirtschaftspolitik“. Hier treffen sich die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Nazis und des ADGB. Nicht umsonst hat Stroger in seiner erwähnten Reichstagsrede sich bereit erklärt, an dem ADGB-Programm zur Arbeitsbeschaffung mitzuwirken. Das Naziprogramm und das ADGB-Programm schlagen beide in der entscheidenden Frage, in der Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, inflationärische Maßnahmen vor. Was aber die Inflation für die Arbeiterkraft und alle anderen wertvollen Schichten bedeutet, wissen wir aus der Erfahrung ganz genau.

Damit unterscheiden sich auch diese beiden Programme von den Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. Entscheidend für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ist, wie jeder versteht, das Finanzierungsproblem. Woher sollen die Gelder zur Durchführung der Arbeiten genommen werden? Hier scheitern sich die Gegner. Die NSDAP, genau so wie der ADGB, schlagen Arbeitsbeschaffung vor, ohne den Reichen mehr zu tun; die KPD dagegen will die Milliarden zur Arbeitsbeschaffung dort nehmen, wo sie vorhanden sind, bei den Reichen.

Die Arbeitsdienstpflicht, die „nationale Handelspolitik“, die Arbeitsbeschaffung durch Inflation — das sind die drei Hauptpunkte des Arbeitsbeschaffungsprogramms der NSDAP. Diese drei Punkte zeigen den Verrücktheit der Kapitalistenehre. Jede dieser Forderungen bedeutet Verelendung der Reichen und weiteren Raub an den Armen der Armen.

Nazi-Defraudant entlarvt

Braunschweig, 14. Juli. Der Bahnhofsportier Hubert auf dem Bahnhof Braunschweig-West wurde wegen Unterschlagung von mehreren tausend Reichsmark entlassen und der Staatsanwaltschaft übergeben. Hubert ist ein bekannter Führer der Braunschweiger Nazis. Jetzt sind es bereits sechs Naziführer, denen in kurzer Zeit solche Unterschlagungen nachgewiesen worden konnten. Ein feiner Vorgehensmodus für das „Dritte Reich“!

Naziüberfall auf SPD-Zeitung

Zweibrücken, 14. Juli. Gestern verübten braune Notverordnungsbanditen einen Überfall auf die Geschäftsstelle der hiesigen SPD-Zeitung. Die Reichsbannerarbeiter, die als Wache der Zeitung aufgestellt waren, vertrieben das braune Gesindel. Bei den Zusammenstößen wurden zwei Nazis verletzt.

Schäufelischer Junker Ministerpräsident in Mecklenburg

Am 13. Juli tagte der neu gewählte Landtag in Mecklenburg-Schwerin in dem die Nazis die absolute Mehrheit haben. Das Landtagspräsidentium geht für aus Naziladungsmitgliedern zusammen. Der neue Ministerpräsident ist der Naziladungsmitglied Gutschke von Gutschke. Damit ist ein schäufelischer Junker aus dem schäufeligen Teil Mecklenburgs zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die kommunistische und sozialdemokratische Landtagsfraktion haben bei der Wahl für eigene Kandidaten gestimmt.

Berlin, 14. Juli. (Sonderdruck)